

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Gäste im Zuhörerraum,
verehrte Vertreter der Presse,

wir brauchen nicht drum herum zu reden: wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Seit nun mehr fast zwei Jahren herrscht in Europa Krieg. Nach den Prognosen führender Wirtschaftsinstitute wie z.B. vom Internationalen Währungsfonds ist Deutschland Konjunktur-Schlusslicht und befindet sich in einer Rezession. Wir spüren diese Belastungen besonders stark, hohe Energiepreise, hohe Inflationsraten. All das wirkt sich auch erheblich auf die kommunalen Finanzen aus.

In den Kommunen sind die gestiegenen Kosten das größte Problem. Hohe Tarifabschlüsse für die kommunalen Beschäftigten und dauerhafte Mehrausgaben, auch für Integration und Unterbringung von Asylsuchenden, belasten die Haushalte darüber hinaus.

Zusätzlich werden die kommunalen Haushalte durch die Politik der Bundesregierung massiv belastet. Das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ spielt bei der Ampel offensichtlich keine Rolle, vielmehr wird nach dem Prinzip gehandelt: „Wer die Aufgaben wahrnimmt, trägt auch die Kosten“. Die Kommunen sollen die Politik der Bundesregierung bezahlen.

Die wirtschaftliche Lage ist sehr angespannt, im Vergleich zu den guten Ergebnissen der letzten Jahre sind sinkende Steuereinnahmen zu erwarten.

Laut Verfassung ist Konjunkturpolitik Aufgabe des Bundes. Dafür bekommt er Steuern. Schon die Entlastungspakete des Bundes aus dem vergangenen Jahr belasten die Kommunen in NRW in diesem Jahr mit 1,5 Mrd. Euro. Das Wachstumschancengesetz des Bundes wird sich noch einmal zusätzlich massiv auf die Steuereinnahmen auswirken. Mit diesem Gesetz legt Bundesfinanzminister Lindner die Axt am kommunalen Steueraufkommen an. Die Konjunkturpolitik des Bundes verstärkt die finanzielle Notlage der Kommunen drastisch. Bei einer schwierigen Haushaltlage wälzt die Ampel zusätzliche Kosten bei den Kommunen ab.

Gleichzeitig lässt der Bund die Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten im Stich. Weder hat die SPD-geführte Bundesregierung bislang Maßnahmen ergriffen, die die irreguläre Migration beenden. Noch hilft die SPD-geführte Bundesregierung den Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mittel. Pro Geflüchtetem benötigen die Kommunen 20.000 Euro im Jahr— der Bund stellt gerade einmal 7.500 Euro zur Verfügung. Insbesondere die Weigerung des Kanzlers, die Kosten der Unterkünfte für alle anerkannten Geflüchteten in voller Höhe zu übernehmen, ist unverständlich.

Drittes Beispiel: Den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen - die meisten in kommunaler Trägerschaft - fehlen allein in 2023 rund 2 Mrd. Euro bei den Betriebskosten. Obwohl der Bund hier in der Verantwortung steht, zu helfen und Insolvenzen zu verhindern, kommt von der SPD-geführten Bundesregierung: NICHTS! Und in 2024 will der

Bund den Krankenhäusern wieder auf Betriebskosten in Millionenhöhe sitzen lassen.

Auf der Suche nach einer lösungs- und vernunftgeleiteten Politik im Bund, die die Interessen der Bürger ernst nimmt, stoßen wir auf dilettantische Politikdarsteller, die sich im ideologischen Diskurs verrennen. Deutschland verliert sich immer mehr im Klein-Klein um Ampelmännchen, Gendersternchen, Werbeverbote für bestimmte Lebensmittel und der Cannabislegalisierung. Bei großen Themen wie dem Arbeitskräftemangel, der Migration oder der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts folgt einer guten Intention meist Realitätsferne. Diskussionen zur Steuergerechtigkeit, zur kollabierenden Altersvorsorge und zum maroden Bildungssystem werden überhört. Parallel bewegen wir uns schleichend in Richtung Planwirtschaft. „Vater Staat wird es schon richten“ wird auch unter der Ampelregierung als Leitbild fortgeführt.

Massive Subventionierungen, eine steigende Verbotspolitik, nationale Alleingänge, neue bürokratische Auflagen und immense Steuern und Abgaben gehören zum täglichen Repertoire der deutschen Staatslenkung.

Wann kehren wir zu einer ideologiefreien, pragmatischen Politik zurück? Wann geben wir dem Volk und der Wirtschaft wieder mehr Vertrauen in den Staat und den Standort Deutschland zurück?

Die zentralen Herausforderungen sind nicht neu: Fragen rund um Bildung, Energie, Arbeitskräftemangel, Migration, Klimaschutz und Digitalisierung müssen generationengerecht beantwortet werden. Dreifache

Nachhaltigkeit lautet das Stichwort. Zukunft ökonomisch, sozial und ökologisch denken.

Für eine starke Wirtschaft braucht es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen staatlicher Intervention und Marktfreiheit. Denn wer soll alles bezahlen, wenn der Wirtschaft gleichzeitig keine Chance auf Wachstum ermöglicht wird? Wenn sie regelrecht in Regulierungswut erstickt wird?

Mein Fazit:

Der gesunde Menschenverstand ist in vielen Bereichen verloren gegangen.

Bei diesen Rahmenbedingungen ist es nicht verwunderlich, dass auch der städtische Haushalt darunter leidet. Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Geschäftsjahr 2024 prognostiziert einen Jahresfehlbetrag von 7,56 Mio. Euro.

Die Aufwendungen steigen zum Vorjahr um ca. 11 Mio. Euro. Das ist erneut ein großer Anstieg, der insbesondere den enorm gestiegenen Personalkosten (+3,65 Mio.) sowie den Transferleistungen (+6,45 Mio.) geschuldet ist.

Die Erträge steigen hingegen lediglich um 4,3 Mio. Euro.

Trotz hoher finanzieller Belastungen wollen wir als CDU gestalten, weil uns folgende Themen wichtig sind:

Bildung – Kultur – Jugend – Sport - Stadtentwicklung

Schule

„Die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Zukunft unserer Stadt“. – So lautet der erste Satz unseres **Leitbildes Schule**, das unter der Federführung der CDU-Fraktion im Jahr 2017 entstanden ist. – Und im zweiten Satz heißt es dort: „Die Stadt Heinsberg versteht die Erziehung und Bildung unserer Schülerinnen und Schüler als vornehmliche Aufgabe für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt“. Diese beiden Sätze sind Kernprinzipien unserer politischen Arbeit. Auch die Bereiche Digitalisierung und Schulsozialarbeit sind zwei wichtige Themen, die wir weiterhin im Auge haben.

Deshalb wollen wir bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden und investieren seit Jahren intensiv in diese Infrastruktur, so auch dieses Jahr.

Im baulichen Bereich geht es bei den Schulen weiter voran. Die Sanierungen und Erweiterungen der Grundschulen in Straeten, Kirchhoven und Dremmen laufen. Für den Neubau der Grundschule Grebben-Schafhausen wurde ein Architektenwettbewerb durchgeführt, an dem 15 Architekturbüros teilnahmen. Den Zuschlag erhielt ein Architekturbüro aus Dresden. Für die Umsetzung sind in diesem Jahr 1,5 Mio. EURO und in den nächsten beiden Jahren weitere 7 Mio. EURO im Haushalt veranschlagt.

Für die Erweiterung der Realschule Heinsberg einschließlich der Außenfläche sind insgesamt 3,5 Mio. EURO eingeplant.

Der Schulhof der Gesamtschule in Oberbruch wird in diesem Jahr im Rahmen der Baumaßnahme „Freizeit- und Sportpark Wurmaue“ umgestaltet. Nach Fertigstellung stehen den Schülerinnen und Schülern Spiel-, Kletter- und Bewegungselemente, ein Multifunktionsspielfeld und ein Streetballfeld sowie Treffmöglichkeiten zur Verfügung. Des Weiteren werden mit einem hohen finanziellen Aufwand die Toilettenanlagen der Gesamtschule von Grund auf saniert. In diesem Jahr geht es um WC-Anlagen im 2. Bauabschnitt.

Mit den räumlichen Bedarfen gem. Schulentwicklungsplan sowie der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 beschäftigen wir uns bereits aktuell und stehen im engen Austausch mit der Verwaltung.

Kultur

Lebenswert ist eine Kommune auch nur dann, wenn die **Kultur** in ihr lebt und spürbar ist. Seit 2019 arbeitet in der CDU-Fraktion der „Arbeitskreis Schule und Kultur“ intensiv an diesem Thema und wir können feststellen, dass sich doch Einiges in diesem Bereich getan hat. Zur Anpassung des Veranstaltungs- und Kulturprogramms in 2024 wurden der Ansatz um 65.000 EURO erhöht.

Der gestiegene Finanzierungsbedarf der Jugendmusikschule bereitet uns allen große Sorge. Der diesjährige Zuschussbedarf in Höhe von 634.000 EURO gegenüber bisher 220.000 EURO belastet den städtischen Haushalt enorm. Durch ein geändertes Sozialversicherungsrecht können Musikschullehrkräfte kaum noch in Honorarform ihre Tätigkeit ausüben.

Trotz der hohen Zusatzbelastung für den städtischen Haushalt (+ 414.000 EURO) trägt die CDU-Fraktion den zusätzlichen Finanzierungsbedarf für die JMS im Haushaltsjahr 2024 mit.

Für die Zukunft müssen neue Finanzierungswege gefunden werden. Hier sind alle Beteiligten gefordert, Lösungen zu erarbeiten: die Vereinsführung der JMS, Verwaltung und Politik.

Mit Bildung - Kultur - Sport prägen wir unsere Gesellschaft. Deshalb sind sie der Nährboden für eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft in unserer Stadt. Unser Ziel ist es auch weiterhin, dies zu erhalten und zu unterstützen.

Heinsberg ist eine Bildungs- und Kulturstadt.

Das ist und bleibt für uns ein unstrittiges Qualitätsmerkmal unserer Stadt.

Jugend

Wie in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses bereits durch unsere Fraktion vorgetragen, gilt unser Dank der Verwaltung für die weitsichtige Planung unserer **Kitas**. Wir in Heinsberg sind kreisweit die einzige Kommune, die hier die Unterbringung der Kita-Kinder stemmen kann.

Nichts desto trotz sollten wir auch hier weiter vorausschauend planen. Es besteht aus Sicht unserer Fraktion dringender Handlungsbedarf in Lieck und dieses Thema soll im kommenden Jahr angegangen werden.

Die Umsetzung unseres **Spielflächenplanes** schreitet voran: Endlich können die beiden Großspielplätze realisiert werden. Für den multifunktionalen Spiel- und Sportplatz in Lieck - hat die Stadt endlich Ende November den Förderbescheid über 0,63 Mio. EURO erhalten. Hier kann jetzt zeitnah mit der Ausschreibung begonnen werden und der Baubeginn wird voraussichtlich im April erfolgen. *(Förderung aus dem Bundesprogramm i.H.v.0,630 Mio. EUR, Gesamtausgabebedarf 1,57 Mio. €)*

Am **Sport-, Freizeit- und Sportpark Wurmaue** startet noch vor den Osterferien der 1. Bauabschnitt hinter der Gesamtschule. Bei einem Gesamtausgabebedarf von 3,36 Mio. EURO werden wir mit 2,69 Mio. Euro aus Städtebaufördermitteln gefördert. Leider lässt die Förderung für den 2. BA im Bereich des ehemaligen Freibades noch auf sich warten. Wir hoffen aber, hierfür in 2024 einen positiven Bescheid zu erhalten. Bei einem Gesamtausgabebedarf von ca. 2,36 Mio. EURO, können wir die Umsetzung nur mit den beantragten Fördermitteln von ca. 1,89 Mio. Euro starten.

Im Zuge des Umbaus des alten Dorfplatzes in Dremmen an der Sebastianusstraße entsteht eine schöne und zentrale Spielfläche für Kinder.

Leider fehlt uns als Kommune bis zum heutigen Tag ein rechtsverbindliches Finanzierungskonzept zu der von der Bundesregierung verabschiedeten **Rechtsanspruch auf einen offenen Ganztag** in der Primarstufe.

Lediglich wurde der Stadt im Oktober 2023 eine Förderrichtlinie an die Hand gegeben, nach der wir mit einer Summe von etwas mehr als 1,5 Mio. EUR als Investitionspauschale für den Ausbau rechnen können, die natürlich wieder zusätzlich beantragt werden muss. Welche Betriebskosten und Personalkosten werden übernommen? Wie wird mit dem Personal der aktuellen OGS verfahren? Gibt es mittlerweile eine Personalanforderung für die Angestellten in der zukünftigen OGS an unseren Grundschulen? Wir könnten hier noch viele weitere Punkte aufzählen – alle Punkte sind bis heute nicht beantwortet.

Es ist leider ein nicht mehr zu ertragenes Übel, was sich der Bund und das Land immer wieder mit uns, den Kommunen, erlauben.

Es werden immer mehr Aufgaben übertragen und wir werden sehr schnell bei der Finanzierung alleine gelassen.

Vielleicht erhält man einmal eine Anschubfinanzierung, allerdings die ist in der Regel nicht einmal auskömmlich für das geförderte Projekt.

Sport

Wir begrüßen ausdrücklich, dass in 2024 der Bau eines weiteren städtischen **Kunstrasenplatzes im Seestadion Heinsberg-Lieck** erfolgen soll.

Der Bau eines **neuen Sportplatzes in Schafhausen** hat sich leider verzögert. Nachdem nun der Flächenkauf erfolgreich abgeschlossen wurde, soll nun zügig Planrecht geschaffen werden, um die Grundlagen der Realisierung zu legen.

Stadtentwicklung

Die Chance, die uns die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes bietet, möchten wir für die Schaffung und Entwicklung von Flächen für Wohnen, Gewerbe und Erholung nutzen. Der Entwurf stellt die aktuellen Planungsabsichten für die kommenden 10-15 Jahre unserer Stadt dar. Hierzu stehen im Haushalt aktuell 3,8 Mio Euro für Grunderwerb zur Flächenvorsorge und für künftige Infrastrukturentwicklungen bereit.

Der fraktionsinterne Arbeitskreis Stadtentwicklung hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit der Formulierung von Leitlinien für die Ausgestaltungsformen unserer Lebens- und Erholungsbereiche beschäftigt. Bedingt durch die Klima- und Energiekrise haben wir unsere eigenen Ansätze intensiv diskutiert und den sich veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Wir, die CDU-Fraktion, wollen mit dem künftigen „Leitbild für unsere Stadtentwicklung“ eine zuverlässige Grundlage für einen möglichst ganzheitlichen und langfristigen Ansatz schaffen.

Investitionsschwerpunkte und Sanierungsmaßnahmen liegen bei den Grund- bzw. weiterführenden Schulen, bei der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes und dem Ausbau / Erhalt der städtischen Infrastruktur.

Auch wenn vielerorts öffentliche Investitionen zur Steigerung der Attraktivierung einer Kommune zurückgefahren werden, möchte die CDU-Fraktion dennoch maßvoll und mit Weitblick investieren. Denn auch die heimische Wirtschaft und Unternehmen sind in den aktuell bauwirtschaftlich eher

schwierigen Zeiten zur Sicherung Ihrer Arbeitsplätze auch auf öffentliche (Bau-) Aufträge angewiesen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,
besonders positiv ist doch weiterhin das **ehrenamtliche Engagement** unserer Bürgerinnen und Bürger.

Es bedarf auch zukünftig vieler fleißiger Hände, ohne die eine Realisierung einzelner Projekte nicht möglich wäre. Deshalb unterstützen wir seitens der CDU-Fraktion diese Vorhaben gerne weiterhin und danken allen, die sich hieran beteiligen.

Den **Freiwilligen Feuerwehren** im Stadtgebiet Heinsberg gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Es ist für die CDU eine Selbstverständlichkeit, unsere Feuerwehren auch weiterhin mit dem bestmöglichen Einsatzmaterial und Zusatzleistungen zu versorgen. Die Feuerwehren in der Stadt Heinsberg mit ihrem neuen Wehrleiter Hans Leo Schreinemachers können sich der Unterstützung der CDU-Fraktion auch in Zukunft gewiss sein. So sollen in diesem Jahr zwei weitere Neubauten von Feuerwehrgerätehäusern in Waldenrath/Straeten fortgesetzt und in Porselen auf den Weg gebracht werden. Ebenso werden weitere Feuerwehrfahrzeuge auch in diesem Jahr angeschafft.

Die Feuerwehren sind Freund und Helfer, Retter und Beschützer – wir brauchen sie, jeden Tag. Ihre Arbeit verdient unseren höchsten Respekt.

Bei all den zuvor genannten Maßnahmen, die zweifellos sehr erfreulich sind, dürfen wir die aktuelle Situation um die Corona-Pandemie und den Kriegen in der Ukraine und in Israel / Gaza-Streifen nicht außer Acht lassen. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind nicht zu verkennen.

Umso mehr gilt es, mit Augenmaß und einer gewissen Vorsicht die anstehenden Entscheidungen zu treffen. Seitens der Verwaltung wurde dies im vorliegenden Haushaltsentwurf berücksichtigt.

Und so möchte ich zum Fazit unserer Fraktion kommen:

Wir stellen fest, dass auch der Haushalt 2024 in nahezu allen Punkten den Vorstellungen der CDU-Fraktion entspricht.

- Es werden über 33 Mio. Euro investiert,**
- es werden über 2,8 Mio. Euro Schulden abgebaut
(15,5 Mio. EURO am 31.12.24)**
- die Pro-Kopf-Verschuldung von 987,- € (2012) sank auf nunmehr 427,- €.**
- seit 2016 stabile / unveränderte Grund-/ Gewerbesteuerhebesätze**
- wir werden das planerische Defizit aus der Ausgleichsrücklage begleichen können.**

Die CDU-Fraktion wird daher diesem ausgewogenen Haushalt 2024 zustimmen, weil wir vom vorliegenden Entwurf überzeugt sind.

Demokratieverständnis

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich hier auch zur Zusammenarbeit im Rat der Stadt Heinsberg Stellung nehmen. Demokratie lebt vom Wettstreit politischer Ideen und Überzeugungen.

Demokratie lebt vom Diskurs, vom Kompromiss und vor allem von der Beteiligung. Der Beteiligung des Einzelnen und der Beteiligung politischer Parteien. Dies gilt sowohl für die ‚große‘ Politik auf Bundes- oder Landesebene, als auch für uns hier auf kommunalpolitischer Ebene.

Wir haben uns hier in Rat und Ausschüssen mit vielfältigen Themen befasst und auseinandergesetzt. Dabei wurde interfraktionell häufig zusammengearbeitet und Beschlüsse im Konsens oder auch im Dissens gefasst - das ist Demokratie.

Nur eine Fraktion hier im Rat der Stadt Heinsberg hat sich in den letzten dreieinhalb Jahren der aktuellen Ratsperiode damit hervorgetan, sich eben nicht am Prozess der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Wir haben hier in dreieinhalb Jahren keine einzige Wortmeldung gehört, wir haben in dreieinhalb Jahren keine einzige Begründung für zustimmendes, ablehnendes oder enthaltendes Stimmverhalten erhalten.

Es möge jeder für sich beurteilen, ob eine Partei und deren Vertreter mit dem hier gezeigten Verhalten würdig sind, am demokratischen Prozess teilzuhaben.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Abschließend darf ich mich bei Ihnen, Herr Schmitz, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den vorliegenden Haushaltsentwurf bedanken; insbesondere für die transparenten und leicht verständlichen Erläuterungen bei den Haushaltsberatungen.

Ebenso darf ich mich im Namen der Fraktion und persönlich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Louis, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken.

Dank gilt aber auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz.

Da uns das Wohl unserer Stadt am Herzen liegt, wollen wir auch zukünftig das Bestmögliche erreichen.

Wir wollen weiterhin eine verlässliche Kommunalpolitik im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger betreiben.

Wir - die CDU-Fraktion - ist hierzu bereit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.